

Transparenz und Respekt

AMIF-Projektpartnerschaft zur Förderung
des gesellschaftlichen Zusammenhalts

 HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHLESWIG-HOLSTEIN

 Antidiskriminierungsverband
Schleswig-Holstein (advsh) e.V.



Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

Presseerklärung

Mit Bitte um Vorankündigung

Kiel, 14.9.2022

Netzwerk zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Transparenz und Respekt in Schleswig-Holstein

Projektpartnerschaft zieht am 16. September gemeinsam mit Landespolitiker*innen ihre Zwischenbilanz

Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und die Heinrich Böll Stiftung setzen in Kooperation mit dem Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein seit 2021 das durch den Asylum, Migration Integration Funds geförderte Netzwerk „Transparenz und Respekt“ um.

Am Freitag, den 16.9.2022 von 11 bis 14.30 Uhr im Ratssaal des Kieler Rathauses, zieht diese Projektpartnerschaft unter dem Titel „**ZUKUNFT PEILEN – Perspektiven des gesellschaftlichen Zusammenhalts**“ eine Zwischenbilanz ihrer landesweiten Arbeit zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Dr. Jasmin Röhl-Azazmah wird als Vertreterin des Landeszuwanderungsbeauftragten ein Grußwort halten. Bei einer Podiumsdiskussion werden Teilnehmende der Netzwerkangebote aus ihrer migrantischen Perspektive die Stimmungslage in der Einwanderungsgesellschaft beschreiben. Mit ihnen und mit Hanan Kadri vom Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein werden die Landtagsabgeordneten Anna Langsch, Bündnis 90/Die Grünen, und Lars Harms, SSW, politische Handlungsbedarfe zur Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts diskutieren.

„Das gesellschaftliche Leben im Bundesland ist gleichzeitig von großer Unterstützungsbereitschaft gegenüber Eingewanderten, aber auch von sozialer Ausgrenzung und Rassismus gekennzeichnet“, erklärt Kirstin Strecker, Koordinatorin der Projektpartnerschaft Transparenz und Respekt beim Flüchtlingsrat. Letzteres sei in allen Teilen der Bevölkerung anzutreffen, durch verinnerlichte Verachtung des vermeintlich „Fremden“ bedingt, oder nähme infolge von Zukunftssorgen – mit Blick auf Klimaveränderungen, den Krieg in Europa und wirtschaftliche Krisen – zu.

Aber „um die Nachhaltigkeit von Integrationsmaßnahmen sicherzustellen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, ist der Erhalt der Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft sowie der

Dialog zwischen Migrantinnen und Migranten und der deutschen Gesellschaft erforderlich“, zeigt sich die Bundesregierung in ihren Fördergrundsätzen überzeugt.

„Voraussetzung für nachhaltige Integration ist aber mehr Transparenz und Verständnis über die Systeme der Einwanderungsgesellschaft bei den migrantischen Communities - und eine gleichberechtigte Teilhabe an allen rechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Angelegenheiten des gesellschaftlichen Lebens zu erreichen“, mahnt Ghader Al Holu von der Heinrich- Böll-Stiftung mit Blick auf fortbestehende Defizite bei der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte.

„Die Ziele unserer gemeinsamen Projektarbeit gehen allerdings über die Förderung des Dialogs hinaus“, betont Hanan Kadri vom Antidiskriminierungsverband: *„Ein größerer gesellschaftlicher Zusammenhalt bedarf einer ausgewogenen Verteilung der Chancen zwischen allen Akteur*innen der Einwanderungsgesellschaft, des wechselseitigen Respekts und von Seiten der Politik und Verwaltungen einer nachhaltigen Bekämpfung von Diskriminierungen.“*

Hintergrund:

Der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen in Schleswig-Holstein betrug im Jahr 2021 fast 290.000 (ca. 9 Prozent). 19 Prozent der Einwohner*innen haben einen Migrationshintergrund. Drittstaatler*innen kommen nach Schleswig-Holstein als einwandernde Fach- und Arbeitskräfte sowie als 4.000 jährlich um Asyl Nachsuchende. Allein im ersten Halbjahr 2022 kamen 30.000 Schutzsuchende mit guter Bleibeperspektive aus der Ukraine hinzu. Mehr als 50% der migrantischen Bevölkerung ist weiblich. Ohne eine forcierte Einwanderung sowie eine systematische Integration der nichtdeutschen Inländer*innen wird in SH bis 2025 die Zahl der Erwerbspersonen um rund 9,5 Prozent zurückgehen, bis 2050 sogar um bis zu 30 Prozent.

Angesichts der sich aus Vorurteilen und Benachteiligungen speisenden gesellschaftlichen Widersprüche geraten demokratische und soziale Werte unter erheblichen Legitimationsdruck. Auf Ausgleich und Toleranz abstellende Umgangsformen verlieren sich in einer Gesellschaft, wo sich die Menschen aus dem Weg gehen. Es besteht Bedarf an Strategien, dem Mangel an Partizipation sowie der bei Eingewanderten aus Drittstaaten und Autochthonen gleichermaßen bestehenden sozialen und kulturellen Vereinzelung abzuhelpfen. Der fehlenden Identifizierung mit dem Einwanderungsland mit vernetzten Angeboten entgegenzuwirken, wird in Schleswig-Holstein bis dato nicht systematisch landesweit umgesetzt.

Seit 2021 ist es Praxis der Projektpartnerschaft Transparenz und Respekt, für teilnehmende Migrant*innen und migrantische Communities die **Transparenz** gegenüber den sozialen, politischen und administrativen Systemen im Einwanderungsland Schleswig-Holstein zu vergrößern. Gleichzeitig wird mit dem Austausch zwischen Drittstaatsangehörigen und autochthonen Einheimischen und mit Angeboten zur Bewältigung von Vorurteilen zur Vergrößerung des wechselseitigen **Respekts** beigetragen.

In der 2023 anschließenden AMIF-Förderperiode planen wir diesen Ansatz systematischer Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch weitere thematische Ansätze – Gesundheit und Behinderung, Kulturelle Identität und kreative Praxis, Medienarbeit, plurale Erinnerung und Antidiskriminierung – zu erweitern und die Vernetzung der im Bundesland engagierten Akteur*innen zu optimieren.

gez. Martin Link, Flüchtlingsrat SH, public@frsh.de, T. 0431-55685640, www.frsh.de